

Kraukauer Zeitung.

Nr. 148.

Dinstag, den 2. Juli

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 2 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 2 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die „Kraukauer Zeitung“
Mit dem 1. Juli 1861 begann ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1861 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.
Die Administration.

Amtlicher Theil.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

General der Kavallerie, Fürst Franz Liechtenstein, übernimmt die Leitung der Kavallerie-Generals-Inspektion mit dem Sitz in Wien;

Feldzeugmeister Johann Graf Coronini-Cronberg wird kommandirender General in Ungarn;
der Feldmarschall-Lieutenant Anton Gdler von Ruckstuhl, des Pensionstandes, Festungs-Kommandant in Komorn, und der Generalmajor, Franz Jungbauer, Festungs-Kommandant in Peterwardein.

Verleihungen:

Dem zeitlich pensionirten Hauptmann-Auditor erster Klasse, Wenzel Gübl, bei dessen nunmehr erfolgter Uebernahme in den definitiven Ausposten der Major-Auditor-Charakter ad honorem.

Pensionirungen:

Der Festungs-Kommandant in Komorn, Feldmarschall-Lieutenant Eduard Freiherr Veršina v. Siegenthal;
der Festungs-Kommandant in Peterwardein, Feldmarschall-Lieutenant Friedrich Freiherr von Blomberg, über eigenes Ansuchen;

der zeitlich pensionirte Oberst, Joseph v. Wereszyzski, nunmehr als realinvalid, dann

die zeitlich pensionirten Majore, Wilhelm Odermatt und August von Scheiblin nun als halbinvalid in den definitiven Ausposten.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 2. Juli.

Die „Donau Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut der Depesche vom 16. Juni, welche Fürst Metternich als Antwort auf die Thouvenel'sche Note v. 6. Juni (in Betreff der vorgeschlagenen Einmischung der kath. Mächte in die römische Angelegenheit) aus Wien erhielt, die aufs Neue die zwischen den Höfen von Wien und Paris bestehende Verschiedenheit der Grundsätze und der Auffassung in der vorliegenden Frage bekräftigt. Die österr. Regierung begnügt sich von der Thouvenel'schen Erklärung, daß Frankreich die Unabhängigkeit und Würde des heil. Stuhles wahren wolle, Akt zu nehmen, und auf ihrer eigenen Anschauung von der Lösung der italienischen Frage zu bestehen, d. h. auf der Ausführung des Züricher-Vertrages, und auf der vollständigen Wahrung der weltlichen Herrschaft des Papstes. „Wenn Frankreich“ schreibt Herr v. Reichberg, „brute so wenig wie vor einem Jahre die Möglichkeit einer Einmischung mit Waffengewalt zugestehen und folglich die nach unserer Ansicht allein endgiltige Lösung noch hinausgeschoben werden muß, so sind wir damit einverstanden einen geeigneten Moment abzuwarten und beklagen nur das Unheil, welches die Verlängerung der gegenwärtigen Lage der Dinge mit sich bringt; aber unsere Anschauung und unsere Grundsätze haben sich nicht geändert.“

Die „Independance“ veröffentlicht die neuesten Noten, welche zwischen Hrn. v. Thouvenel und Baron Ricassoli bezüglich der von Seiten Frankreichs erfolgten Anerkennung des Königreichs Italien gewechselt worden sind. Unter dem 15. Juni setzt Hr. v. Thouvenel die Bedeutung dieses Actes auseinander, indem er sagt:

Die Regierung Sr. Maj. hat zu keiner Zeit (en aucune circonstance) ihre Meinung über die Ereignisse verhehrt, deren Schauplatz im verflohenen Jahre die Halbinsel war. Die Anerkennung des Thronbestandes (état de choses), der daraus folgt, könnte somit keine Verhinderung desselben, noch eine rückwirkende Billigung einer Politik sein, in Bezug auf welche wir uns ausdrücklich unsere Freiheit der Beurtheilung vorbehalten hätten. Noch weniger würde Italien eine Ermuthigung zu Unternehmungen darin finden dürfen, welche den allgemeinen Frieden bloßzustellen geeignet wären. Unsere Ansichten haben sich seit der Zusammenkunft von Warschau nicht geändert, aus Anlaß deren wir Gelegenheiten hatten, dieselben sowohl Europa als dem Turiner Cabinet bekannt zu machen. Indem wir damals erklärten, wir betrachteten das Princip der Nichteinmischung als eine Richtschnur für alle Mächte, fügten wir hinzu, daß ein Vorgehen seitens der Italiener die Billigung der Regierung des Kaisers nicht erhalten würde, was auch immer daraus erfolgte

würde. Wir hegen auch jetzt noch dieselben Gefühle, und wir weisen von vorn herein jede Solidarität mit Plänen zurück, deren Gefahren und Folgen die italienische Regierung allein zu tragen hätte.

Auf der andern Seite wird das Turiner Cabinet sich Rücksicht von den Pflichten geben können, welche unsere Stellung zum heil. Stuhle uns auferlegt, und ich erachte es für überflüssig, hinzuzufügen, daß, indem wir die amtlichen Beziehungen zur italienischen Regierung wieder anknüpfen, wir in keiner Weise die Absicht haben, den Werth der von der römischen Curie gegen den Einfall in mehrere Provinzen der päpstlichen Staaten erhobenen Verwahrungen schwächen zu wollen. Eben so wenig als wir wird die Regierung des Königs Victor Emanuel das Gewicht der Erwägungen jeder Art bekräftigen können, welche sich an die römische Frage knüpfen und notwendiger Weise unsere Anschlüsse beherrschen, und sie wird begreifen, daß, indem wir den König von Italien anerkennen, wir fortfahren müssen, Rom besetzt zu halten, so lange nicht hinreichende Bürgschaften die Interessen wahren, welche uns dahin geführt haben.

Baron Ricassoli nimmt von diesen Erklärungen unter dem 21. Juni Kenntniß, versucht es, die französische Regierung über die Absichten der piemontesischen bezüglich der auswärtigen Politik zu beruhigen, und spricht schließlich die Hoffnung aus, daß es dem Kaiser der Franzosen in einiger Zeit gefallen werde, seine Truppen aus Rom zurückzuführen.

Ein Turiner Correspondent der F. P. Z. bringt folgende Enthüllungen: Das Turiner Cabinet würde die Note der kaiserlichen Regierung hinsichtlich der Anerkennung des Königreichs Italien in der beliebigen Fassung nicht angenommen haben, ohne die mündlichen Erläuterungen, mit welchen Hr. v. Bismarck sie begleitete. Nach diesen mündlichen Erläuterungen ist über das schließliche Schicksal des R. Stes der weltlichen Gewalt des Papstes kein Zweifel mehr übrig. Piemont wird sich für den Augenblick resigniren, denn Frankreich wird die Sache so einzuleiten wissen, daß das Werk der italienischen Unifikation zur Vollendung gelange. In Rom wird General Soyon strenge Polizei halten. Unter dem Vorwand, daß Alles ruhig sei, wird der Kaiser zuerst seine Truppen vermindern und dann nach einiger Zeit nur noch im Castel San Angelo und in Civitavecchia Garnison lassen. Vielleicht wird man Rom ganz aufgeben. Es ist ferner die Rede davon, daß die Franzosen, stets unter dem Vorwande „genügender Garantien“, außer Civitavecchia auch Ancona besetzen sollen. Nach einigen Wochen würde Garibaldi einen Einfall in das Gebiet Rom's unternehmen u. d. Victor Emanuel die Nothwendigkeit geltend machen, die Freiheit und Unabhängigkeit des heil. Stuhles gegen die Revolution zu sichern. Das Uebrige ergibt sich von selbst. Die Piemontesen werden mit Erlaubniß Frankreichs die ewige Stadt besetzen; das römische Volk wird, wie sich von selbst versteht, die Annexion an Piemont eben so einstimmig verlangen, wie das übrige Italien; und der neue König diesen Wunsch genehmigen. Der künftige Papst soll bereits in petto gewählt sein. (?)

In Bezug auf die Unterhandlungen, welche gegenwärtig zwischen Dänemark und den fremden Mächten wegen Holstein schweben, läßt sich ein norddeutsches Blatt aus Berlin schreiben, der englische Gesandte, Lord Loftus, habe dem Hrn. v. Schleichner, der Leitung einer Ausdehnung der schleswig-holsteinischen Frage gemacht, und zwar auf folgenden Grundlag: Holstein scheidet aus dem Verbande des Gesamtstaates und seine Verträge zu den gemeinsamen Bedürfnissen (Heer, Flotte, auswärtiges und Civilisten) wird um 300,000 Thlr. ermäßigt. Schleswig soll dem Gesamtstaate förmlich einverleibt werden, und die deutschen Schleswiger erhalten Garantien für die Bewahrung ihrer Sprache und ihrer Nationalität. Nach erfolgter Zustimmung des Deutschen Bundes zu diesem Abkommen soll dasselbe von einer europäischen Konferenz bestätigt werden. Es sei indessen nicht anzunehmen, daß Preußen auf diesen Vorschlag, wenn er wirklich gemacht worden sein soll, eingehen werde.

Rücksichtlich der Art, in welcher bei der Konferenz über die Abfassung des Stader Folkes die Verhandlungen gepflogen worden, erfährt man nachträglich, daß insgesammt vier Sitzungprotocolle geführt und unterzeichnet wurden. Das erste derselben betrifft die Constatirung der Versammlung, das zweite die Annahme der einzelnen Vertragsartikel, im dritten wird über die von preussischer und englischer Seite erhobenen Einwendungen und insonderheit auch die Erklärung des Hamburger Bevollmächtigten berichtet, wodurch die Verpflichtung dieses Staates zur Sorge für den schiffbaren Zustand des Elbflusses nahe dem Meer von neuem anerkannt worden. An das letzte Protokoll, worin der Vertragsabschluss constatirt wird, schließt sich unmittelbar das Vertragsoriginal mit den Unter-

schriften. Dieses selbst wurde in 34 Ausfertigungen vollzogen.

Wie die B. und B. Z. erfährt, machte der Handelsminister v. d. Heydt den Mitgliedern des ständigen Ausschusses des deutschen Handelstages bei dessen offziellem Empfang die formelle Mittheilung, daß dem Abschlusse des zwischen Frankreich und Preußen Namens der deutschen Zollvereinsstaaten verhandelten Handelsvertrages schon in einigen Tagen entgegengefahren werden könne. Er fügte hinzu, daß hierbei die Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie so gewahrt seien, daß dieser Handelsvertrag als ein entschiedener Fortschritt werde anzusehen sein. Auch seien die Zustimmungen der übrigen Zollvereinsregierungen bereits fast durchweg eingegangen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß die spanische Regierung von ihrer Forderung gegen Marocco abstehe und Letztere als spanisches Eigenthum erklären werde; sie werde diese Stadt uneinnehmbar machen und das Territorium kolonisiren.

Die Behauptung, daß die englische Regierung der spanischen ihre Vermittlung in der maroccanischen Angelegenheit angeboten habe, wird von der „Correspondencia“ für falsch erklärt. Spanien nehme in dieser Frage keine Vermittlung an. Das spanische Evolutionsgeschwader in Algeras besteht gegenwärtig aus 21 Kriegsschiffen, größtentheils Dampfern, und soll demnächst noch durch ein Schraubenlinienschiff, eine Panzerfregatte und zwei Schraubenfregatten verstärkt werden. Das Geschwader wird dann die stärkste Seemacht sein, welche Spanien seit 50 Jahren besessen hat.

Die letzten Nachrichten, welche der „Press“ aus Cochinchina zugehen, lassen vermuthen, daß man die militärischen Operationen gegen Hue nicht fortsetzen werde. Die französischen Truppen sollen im Gegentheil nächstens Cochinchina verlassen.

Man weiß nicht — bemerkt ein Pariser Correspondent — was aus den 6000 Mann geworden ist, welche aus Syrien abjogen und wovon bloß unbedeutende Abtheilungen in Frankreich landeten. Es ist höchst wahrscheinlich, daß sie noch auf der Flotte stecken, welche an den syrischen Küsten kreuzt. In einem gegebenen Fall kann dieselbe mit mehr als 6000 Mann plötzlich wieder erscheinen.

Wie der „Fortschritt“ schreibt, sind vorgestern (Sonntags) die Beschlüsse über die seit fünf Tagen schwebende Angelegenheit der Adresse des ungarischen Landtags definitiv zu Stande gekommen und ist die Annahme der Adresse entschieden abgelehnt worden, selbstverständlich wird auch die Deputation nicht vorgelassen. Graf Apponyi hatte wohl Aubienz, aber nur in seiner Eigenschaft als Juber Curia. Eben so sei es bereits entschieden, daß kein Manifest an die ungarische Nation erlassen wird. Es erfolgt bloß eine Erklärung Sr. Majestät, welche die Nichtannahme der Adresse darth motivirt, daß der ungarische Landtag die Pflichtvergeßlichkeit sich zu Schulden kommen ließ den erblichen König von Ungarn nicht anzuerkennen. In welcher Form diese Erklärung erlassen wird, ist nicht bekannt geworden, da der Beschluß über diese Form erst Sonntag in einem Kabinetstath der um 6 Uhr Abends stattfand, gefaßt wurde. Es handelt sich nämlich darum, ob die Form eines kaiserlichen Handbilletts an den Grafen Apponyi oder eines Reskriptes an die ungarische Hofkanzlei vorzuziehen sei. Wahrscheinlich dürfte die Form des Reskriptes gewählt worden sein, und würde die Hofkanzlei dann die Zuschrift an die beiden Häuser des Landtages richten. Sollte der ungarische Landtag sich nicht beileiden die Adresse in der Art abzuändern, daß den Rechten des erblichen Königs von Ungarn die pflichtgemäße Huldigung dargebracht wird, so würde der Landtag seine Empörung gegen den rechtmäßigen König manifest haben, und es würde dann unverweilt zur Auflösung des Landtags geschritten werden. In Verbindung hiermit steht die Ernennung des Feldzeugmeisters Coronini zum Commandanten in Ungarn. Diese Ernennung bezeichnet den festen Entschluß der Regierung, nötigenfalls mit aller Energie vorzugehen. Wir bemerken noch, daß im Verlaufe des vorgestrigen Tages dreimal Ministerkonferenzen war, nämlich um 12 Uhr, um 3 Uhr und Abends um 6 Uhr. Die Präsidenten des ungarischen Landtags, welche die Adresse überbrachten, wollten gestern nach Pesth zurückkehren. Die Gerüchte von dem Rücktritt des Hofkanzlers Baron Boy und anderer Mitglieder der Hofkanzlei, schreibt der „Fortschritt“, haben sich nicht erfüllt, im Gegentheil werden durch die Hofkanzlei alle gefaßten Beschlüsse vollzogen werden. Vollends aus trüber Quelle

geschöpft waren die Gerüchte, welche die Stellung des Staatsministers als gefährdet darstellten. Diese Gerüchte gingen von Parteien aus, welche mehr ihre Wünsche als ihr besseres Wissen kolportirten.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Herrenhauses am 21. Juni.

Die Sitzung wurde 10 Minuten nach 11 Uhr vom Präsidenten Sr. Durchlaucht dem Fürsten Karl Auersberg eröffnet. Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Freiherr v. Mesöery, Graf Degenfeld, v. Pratobevera v. Lasser und Graf Wickenburg. In der Hofloge: Sr. k. Hoheit Prinz Wafa.

Sr. k. Hoheit der Erzherzog Ferdinand Max jezt in einem Schreiben das h. Haus in Kenntniß, daß er in Angelegenheiten der k. k. Marine verhindert sei, einigen Sitzungen bei zu wohnen. Weiter wird ein Schreiben des Fürstbischöf von Breslau verlesen, worin derselbe um unbestimmten Urlaub bittet. Der Präsident trägt darauf an, dem Herrn Fürstbischöf den unbestimmten Urlaub zu bewilligen, jedoch mit der Bedingung seines gewissenhaften Erscheinens im h. Hause, so oft nur seine Berufsgeschäfte es erlauben würden.

Sodann ein Besuch des K. M. Grafen Khevenhüller um einen siebenwöchentlichen Urlaub aus Anlaß dringender Angelegenheiten in seinem Priorate und einer Habetur. Ein Ersuchen des Grafen Albert Potocki um einen dreiwöchentlichen Urlaub. Ein Schreiben des Bischof von Trient, worin er seine Abwesenheit entschuldigt. Ein Besuch des Fürsten Stanislaus Sanguszko um einen einmonatlichen Urlaub. Ein Schreiben des Erzbischof von Udine, worin derselbe seine Abwesenheit entschuldigt. Schließlich eine Zuschrift der Staats-Eisenbahngesellschaft.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Kommission für Justizgegenstände über den Gesetzentwurf hinsichtlich der Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Mitglieder des Reichsrathes und der Landtage, welcher vom Berichterstatter Freiherrn von Lichtenfels vortragen wird.

Als Redner gegen den Antrag sind eingeschrieben: Palacky, Fürst Vincenz Auersberg, Graf Leo Ebn. Palacky entwickelt in einer längeren Rede die Gründe, warum er nicht für den Kommissionsantrag, sondern für den Gesetzentwurf, wie er vom Abgeordnetenhaus eingebracht wurde, stimmen könne und müsse. Redner stimmt zwar für die Immunität der Mitglieder des Reichsrathes, aber den Antrag der Kommission hält er keineswegs für eine Verbesserung des Gesetzentwurfes, als vielmehr für eine Ablehnung desselben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Palackys verworfen und der der Commission angenommen. Der Gesetzentwurf lautet hiernach:

§. 1. Die Mitglieder des Reichsrathes und der Landtage können wegen der in Ausübung ihres Berufes geschenehen Abstimmungen niemals, wegen der in diesem Berufe gemachten Aeußerungen aber nur von dem Hause, dem sie angehören, zur Verantwortung gezogen werden. Sollte es sich um Aeußerungen handeln, welche sich als Vergehungen wider die allgemeinen Strafgesetze darstellen und die Anwendung derselben als unzulänglich erscheinen, so steht dem Hause frei, den Fall zur gerichtlichen Verhandlung zu weisen.

§. 2. Kein Mitglied des Reichsrathes oder der Landtage darf während der Dauer der Session und seiner Theilnahme daran wegen einer strafbaren Handlung, den Fall der Ergreifung auf frischer That ausgenommen, ohne Zustimmung des Hauses verhaftet werden. Ein außerhalb der Sitzungsperiode wider das Mitglied eines Hauses wegen einer strafbaren Handlung vorgenommener Verhaft muß, wenn es das Haus verlangt, zum Zwecke seiner Theilnahme an den Verhandlungen aufgehoben werden.

„Selbst in dem Falle der Ergreifung auf frischer That hat das Gericht dem Präsidenten des betreffenden Hauses die geschenehe Verhaftung sogleich bekannt zu geben.“

Gesetz

vom ... für die Königreiche Böhmen, Galizien und Podomeren mit den Herzogthümern Auschwiz und Zator und dem Großherzogthume Kraukau, dann Dalmatien, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das

Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Gz und Gradiſca, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete, womit die Grundzüge über die in diesen Königreichen und Ländern durchzuführende Gerichtsverfassung festgesetzt werden. (Auf den Tisch des Hauses der Abgeordneten in der Sitzung vom 22. Juni niedergelegt.) (Schluß.)

V. Causalggerichte.

§. 15. Zur Ausübung der Handels- und Seegerichtbarkeit, deren Umfang durch besondere Gesetze näher bestimmt wird, sind an den nach Maßgabe des Bedürfnisses zu bestimmenden Orten entweder eigene Handels- und Seegerichte aufzustellen oder Senate der Landesgerichte zu bestimmen.

Sowohl die Handels- und Seegerichte, als auch die erwähnten Senate der Landesgerichte haben die Gerichtsbarkeit mit Zuziehung von Vertretern aus dem Handelsstande auszuüben.

§. 16. Die Berggerichtsbarkeit wird mit Zuziehung für das Berg- und Hüttenwesen technisch gebildeter Stimmführer von den hierzu nach Bedürfnis zu bestimmenden Landesgerichten ausübt. Diesen steht auch die Führung des Bergbuches zu.

VI. Ober-Landesgerichte.

§. 17. Die Sprengel mehrerer Landesgerichte bilden den Sprengel eines Ober-Landesgerichtes.

Jedes Ober-Landesgericht ist mit einem Präsidenten und nach Erfordernis mit einem oder mehreren Senatpräsidenten, dann mit der entsprechenden Anzahl von Räten und Hilfsbeamten zu versehen.

§. 18. Der Wirkungskreis der Ober-Landesgerichte in Strafsachen wird durch die Strafprozessordnung geregelt.

§. 19. In bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten erkennen dieselben über Berufungen und Beschwerden gegen die Entscheidungen der Landes- und Causalggerichte.

§. 20. Die Ober-Landesgerichte fassen ihre Beschlüsse in der Regel in Versammlungen von vier Richtern und einem Vorsitzenden.

VII. Oberster Gerichts- und Kassationshof.

§. 21. Der oberste Gerichts- und Kassationshof hat seinen Sitz in Wien.

Derselbe wird mit den erforderlichen Präsidien, dann mit einer entsprechenden Zahl von Räten, welche mit Rücksicht auf die einzelnen Kronländer zu ernennen sind und mit dem erforderlichen Hilfspersonale besetzt.

§. 22. Der oberste Gerichts- und Kassationshof entscheidet über die an ihn gelangenden Nichtigkeitsbeschwerden in Senaten von sechs Stimmführern und einem Vorsitzenden.

VIII. Staatsanwaltschaft.

§. 23. Bei dem obersten Gerichts- und Kassationshofe und bei jedem Ober- Landesgerichte werden General-Prokuratoren, bei jedem Landesgericht werden Staatsanwälte mit der nach Erfordernis festzusetzenden Zahl von Stellvertretern und Hilfsbeamten bestellt. Der Staatsanwaltsdienst bei den Bezirks-Kollegialgerichten wird durch Stellvertreter versehen.

§. 24. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen ist das Justizministerium im Einverständnisse mit den sonst dabei beteiligten Ministerien beauftragt.

Landtags-Angelegenheiten.

In der ungarischen Unterhausung vom 27. v. M. standen an der Tagesordnung drei Motionen in Angelegenheit des National-Theaters, die discutirt und einer Commission zur Begutachtung übergeben wurden. Sie gehen darauf hinaus, inwiefern man das Institut in der Zukunft dauernd organisiren, leiten und dessen ferneren Bestand sichern könnte. Die zweite enthält den Antrag: daß auch einstweilen, bis der ergänzte Landtag in voller Vertretung des ganzen Reiches der ungarischen Krone an die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten wird gehen können, eine aus sieben Mitgliedern bestehende Commission delegirt werde, welche die Lage unsers Kunstinstitutes untersuche, seine Mängel und Bedürfnisse erforsche und einen Entwurf vorlege: „Wie der Bestand des National-Theaters für alle Zeiten und derart sichergestellt werden könnte, daß es seinem großartigen Berufe in vollem Maße entspreche.“ Hierauf wurde Lónyay Sabors Motion verlesen, worin die Entsendung einer Commission beantragt ist, die über den Zustand des Blinden- und des Taubstummen-Institutes, der Landes-Irrenanstalts-, der Insurrections- und der Indigenats-Kasse Bericht erstatten soll. Barnay beantragt, daß die Schulfonds, Ludwig Benigky, daß die Universität und Stephan Patay, daß die ungarische Leibgarde in den Wirkungskreis dieser Commission mit einbezogen werden. Auf Antrag Paul Harys wurde beschlossen, die Wahl dieser Commission zu vertagen, bis das ungarische Ministerium in's Leben getreten sein wird. Schließlich meldete der Präsident, daß zur Ventilation und zur Bewahrung des Museumsaalcs vor den Sonnenstrahlen zwei Kostenüberschläge eingereicht wurden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. Juli. Se. Maj. der Kaiser hatte sich Freitag nach Reichenan begeben, um daselbst am Fest Peter und Paul und am darauffolgenden Sonntag zu verweilen. Jedoch traf Se. Majestät bereits Sonabend Vormittags 11 Uhr wieder in Wien ein und das Gesamtministerium nebst Sr. K. Hoheit dem Hrn. Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer wurde in die K. Hofburg zu einer Konferenz beschieden. Der commandirende General in Ungarn, FML Graf Coronini hat sich gestern mit dem Fräulein

nach Pest begeben, um das Kommando zu übernehmen. Am Freitag hatte derselbe Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser.

Als vergangenes Samstag Se. Excellenz Minister v. Plener in's Abgeordnetenhaus fuhr, geschah es, daß der bei einem Tischlermeister auf der Freitung bedienstete J. F. als er am Eck der Herrngasse mit seinem Handwagen einem Omnibusse auswich, in das hintere Rad des Wagens Sr. Excellenz gerieth. In Folge des Zusammenstoßes stürzte der Mann nieder und mußte in die nächste Doffzin gebracht werden. Auf Anordnung des Herrn v. Plener, der alsogleich den Wagen verließ, wurde derselbe in's allgemeine Krankenhaus transportirt, und auf der 1. chirurgischen Abtheilung aufgenommen. Se. Excellenz besuchte den kranken Abend den Verunglückten, erkundigte sich denselben über seine Verhältnisse und ließ der Familie desselben eine namhafte Unterstützung zukommen. Die Verletzung erwies sich bei der Untersuchung als eine heftige Kontusion in der Leistengegend des rechten Oberschenkels. Der Zustand des Patienten, über welchen dem Hrn. Minister täglich rapportirt wird, ist als günstig zu bezeichnen.

Die irische Hülle Sr. Excellenz des im 70sten Lebensjahre dahingegangenen Herrn Philipp Freiherrn v. Krauß, Sr. K. Apostolischen Majestät wirklichen geheimen Rathes, Präsidenten der Obersten Rechnungs-Kontrollbehörde, Vicepräsidenten des Herrenhauses, Großkreuz des k. k. österr. Leopold- und Franz Joseph-Ordens u. u., wurde Freitag um 4 Uhr Nachmittags in der Hof- und Stadt-Pfarrkirche zum heil. Michael feierlich eingeseget und sodann auf dem Makleinsdorfer Friedhofe im eigenen Grabe zur Ruhe beigesetzt.

Der Redacteur des „Fortschritt“ hat nach erfolgtem oberlandesgerichtlichen Urtheile bei dem k. k. obersten Gerichtshofe um die außerordentliche Revision seines Prozesses angelehrt.

Eine Antwort auf die Broschüre: „An Franz Deaf von Franz Schuselka“ von Kolman Graf Majlath, Mitglied des ungarischen Oberhauses, ist bei R. Kampe in Pest erschienen.

An die Erlauer Comitats-Commission kam aus der Stadt Maklar die Anfrage, ob die Juden nach dem ungarischen constitutionellen Gesetz Urbarmalgründe kaufen dürfen, denn es liege ein Fall vor, wo ein solcher Kauf beabsichtigt wird. Nach einer längeren Debatte pro und contra wurde beschlossen, dem betreffenden Statthalter Auftrag zu geben, daß er nach dem Wortlaut des Gesetzes verfare.

Einer Meldung aus Athen zufolge wird König Otto nächster Tage in Triest eintreffen, um sich nach Gastein zu begeben.

Deutschland.

Die Münchener Correspondenz der „Frt. v. B.“ glaubt mit Bestimmtheit versichern zu können, daß auf den nun beendigten Conferenzen deutscher Mittelstaaten zu Würzburg während der vierwöchigen Dauer derselben Vereinbarungen getroffen worden sind über die Zusammensetzung des Generalstabs und des Hauptquartiers der eintretenden Fülle zu vereinigenden Truppenkörper, sowie über den Eisenbahntransport und die Verpflegung der Truppen. Diese Vereinbarungen unterliegen nunmehr der Ratification der betreffenden Regierungen, für welche nur ein kurzer Termin verabredet sein soll.

Bekanntlich hat die preussische Regierung vor einiger Zeit der bayerischen ihre Bereitwilligkeit erklärt, zur eventuellen Vertheidigung des Oberrheins mitzuwirken. Wie die „Eid. B.“ aus einer sonst sehr glaubwürdigen Quelle erfährt, ging die diesseitige Erwiderung im Wesentlichen dahin, man könne jener Forderung keinen entscheidenden Werth beilegen, weil die Hilfe, die Preußen zu leisten im Stande sei, keinesfalls ausreichen werde; auch sehe man in Süddeutschland lieber Truppen des 10. Armee-corps als preussische.

Die königlich niederländische Regierung hat gutem Vernehmen nach die Erklärung abgegeben, daß sie wohl für das Großherzogthum Luxemburg, nicht aber für das Herzogthum Limburg einem Bundesbeschlusse beitreten werde, welcher den Inhalt der Gothaer Convention zum Bundesgesetze erhebe. Es darf hinsichtlich dieser Erklärung daran erinnert werden, daß eine daraus resultirende anormale Stellung Limburgs nicht ganz neu ist, denn schon existirt ein Bundesbeschlusse, der Beschluß vom Jahr 1854 über die Auslieferung gemeiner Verbrecher, welcher Limburg ausdrücklich von seinen Bestimmungen erimirt.

Am 26. Juni wurde der mit einigen Unterbrechungen seit dem 6. Dec. v. J. verfallene Landtag des Großherzogthums Oldenburg vom Minister v. Kössig geschlossen.

Vom 1. Juli an wird das Preussische Wochenblatt nicht mehr erscheinen. Ein Artikel in seiner letzten Nummer „an die Leser“ erinnert daran, daß das Blatt vor zehn Jahren begründet worden sei, in einer traurigen und bedrohlichen Zeit, in welcher eine mit jedem Erfolge sich mehr und mehr erhehende Tendenzpolitik die kaum vollendeten Grundlagen des verfassungsmäßigen Staatslebens wiederum zerstören zu wollen schien. Dieser Reaction gegenüber habe das Wochenblatt einen ununterbrochenen Kampf geführt. Da aber, so fährt der Artikel fort, die gegenwärtigen Rathgeber der Krone der gesammten Presse die gewünschte Freiheit der Bewegung gönnt hätten, so erscheine die specielle Aufgabe dieser Blätter erschöpft. Am Schluß heißt es sodann: Indem wir unsere Thätigkeit schließen, sind wir weit entfernt von dem Wahn, daß das Wünschenswerthe oder auch nur das Wichtigste erreicht sei; im Gegentheil: vor unseren Blicken öffnet sich eine neue Epoche mit neuen Kämpfen und neuen Aufgaben, zu deren Lösung unserer Ansicht nach andere Kräfte und andere Mittel erforderlich sind. Wir vertrauen, daß die Vorsehung den jugendfräftigen Staat durch alle Schwierigkeiten in leger Anstanz

streich hindurchführen wird und schließen mit dem lebhaften Wunsche, daß es in unserer Presse nie an Stimmen fehlen möge, die mit Besonnenheit und Energie auf jene Zucht des Geistes hinarbeiten, welche, indem sie die moralische Kraft des Volkes conservirt und stählt, nur das Zweckmäßige und das Zweckmäßige nur mit zweckmäßigen Mitteln anstrebt.

Die Bestätigung des Urtheils in der Duell-Angelegenheit des Generalmajors v. Mantuffel und des Stadtgerichtsraths Zwesten, durch welches ersterer zu einem dreimonatlichen Festungsarrest verurtheilt wurde, ist erfolgt, General v. Mantuffel hat sich am 28. v. Mts. zur Antrittung der Festungsstrafe nach Magdeburg begeben.

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Der gesetzgebende Körper hat gestern die Summe von 4,800,000 Frs. für Ankauf des Museums Campana einstimmig bewilligt. Der Gesetzwurf über das Zollsystem der Colonien von Martinique, Guadeloupe und der Reunionsinsel wurde trotz einer langen und sehr lebhaften Discussion, mit 243 gegen eine Stimme unverändert genehmigt, was auch ein Mitglied zu der Bemerkung veranlaßte: Also nach so langen Debatten nur eine Oppositionsstimme! Gestern hielt der gesetzgebende Körper seine letzte Sitzung, um noch die Gesetz-Vorlage wegen des neuen Dpernhauses mit 180 gegen 39 und die Vorlage über die algerischen Eisenbahnen mit 227 Stimmen gegen eine anzunehmen. In der Entlassungsrede konnte Graf Worny „dem Wunsche nicht widerstehen, der Versammlung zu sagen, daß sie sich in der langen und wohlthätigen Session auf der Höhe der ihr verliehenen neuen Befugnisse gezeigt habe, sowohl durch die von einigen ihrer Redner entwickelte Beredsamkeit, wie durch die Unabhängigkeit und Gemessenheit der zu Ausdruck gekommenen Ansichten.“ Nach einigen Worten persönlichen Dankes erklärte er darauf die Session für geschlossen, und die Versammlung ging mit einem Hoch auf den Kaiser auseinander. Gestern haben Ihre Majestäten zu Fontainebleau die stammesliche Gefandtschaft feierlich empfangen. Die Gefandten rückten auf den Knien bis an den Thron und überreichten dort die mitgebrachten Geschenke und eine schriftliche Adresse, deren Inhalt der Vater La Renaudie sofort übersetzte und vortrug. — Der „Moniteur“ zeigt an, daß Prinzessin Mathilde in Saint-Germain, ihrer Sommerresidenz, einen Trauer-Gottesdienst am Tobestag des Prinzen Jerome Napoleon habe feiern lassen. — Die Angelegenheit des Herzogs v. Broglie, welche gestern vor Gericht verhandelt werden sollte, ist auf Verlangen des Advokaten des Gegenpartei auf die nächsten 14 Tage verschoben worden. In dem von dem Polizei-Präsidenten deponirten Bericht wird beantragt, den Herzog v. Broglie mit seiner Klage als nichtzulässig zu erklären, da er sich mit der im Art. 75 der Constitution des Jahres VIII. vorgeschriebenen Autorisation, um Staatsbeamte bezüglich ihrer Amtverrichtungen gerichtlich verfolgen zu können, nicht versehen habe. — Dem „Journal de Rennes“, einem kirchlichen Provinzialblatt, wird jetzt der Prozeß gemacht, weil es in einer Pariser Correspondenz eine Stelle aus einer Senatsrede des Cardinals Mathieu einzeln angeführt hatte. Die Anklage beruht darauf, daß den Journalen gesetzlich verboten ist, die Debatten im Senat unvollständig wiederzugeben. Die Sache wird namentlich als gerichtliche Streitfrage dadurch interessant, daß das „Journal de Rennes“ den officiellen Bericht über die Sitzung, aus der es später einzelne Worte des Cardinals Mathieu gelegentlich citirte, vorher in extenso mitgetheilt hatte. — Hr. v. Lepetit ist von Aegypten kommend, gestern hier eingetroffen. — Wie dem „Constitutionnel“ aus Chalons gemeldet wird, soll noch eine vierte Infanterie- und eine Cuirassier-Division in's dortige Lager geschickt werden. — Am letzten Samstag lief in Brisi die neue Panzer- und Sporn-Fregatte Magenta vom Stapel. Tags darauf ward die neue Drehbrücke, welche Brisi mit Recourance verbindet, eingeweiht. — Der Kriegs-Minister zeigt an, daß auch in diesem Jahr, wie im vorhergehenden, den Landwirthen, im Fall es ihnen an Leuten zur Bearbeitung ihrer Felder fehlt, Soldaten zur Verfügung gestellt werden. — General Rollin soll beauftragt werden, so wie die officielle Mittheilung eingetroffen ist, als außerordentlicher Gesandter, um Aboul Uzir zu seiner Thronbesteigung Glück zu wünschen, nach Konstantinopel zu gehen. — Graf Bimercati ist zum Commandeur der Ehrenlegion ernannt worden. — General Lamoriciere hat an Herrn von Mérode einen langen Brief über das, was zum Schutze der Person des Papstes zu thun sei, geschrieben.

In einem Münchener Schreiben bespricht der „Moniteur“ die Adresse der im Reichsrath sitzenden österreichischen Bischöfe. „Niemand“, sagt das officielle französische Blatt, „wird sicher dem hohen Klerus des katholischen Oesterreich das Recht bestreiten wollen, über die Interessen der Religion, deren natürlicher Vertheidiger er ist, zu wachen. Gleichwohl wird es erlaubt sein, einen unzeitgemäßen Schritt zu bedauern, welcher geeignet ist, in einem Augenblicke, wo alle aufrichtigen Anhänger der Monarchie ihre Anstrengungen zur Wahrung der Integrität derselben vereinigen sollen, die Ruhe des Herrschers zu stören und den Gang der Geschäfte zu hemmen. Das beste Mittel die Integrität zu wahren, ist sicher die Eintracht zu predigen und die Ruhe in die Gemüther wieder zurückzuführen. Der Katholicismus hat nirgends etwas zu befürchten, weder in Oesterreich noch anderswo, aber wenn man sich dem natürlichen Lauf der Ereignisse widersetzt, anstatt ihn zu lenken sucht, so heißt dies einfach der Vernunft trotzen und unvermeidliche Katastrophen vorbereiten. — Der Weg, welchen das Wiener Kabinett betreten hat, gebietet ihm, vor keinem Hindernis zurückzweichen und keinerlei Verzögerung in der Herstellung des großen Prinzips der bürgerlichen und religiösen Freiheit eintreten zu lassen. Es ist zu hoffen,

daß die Erzbischöfe und Bischöfe, welche dem Reichsrath, diesem Eckstein des neuen Gebäudes der kaiserlichen Monarchie angehören, die Gefahren eines solchen Schrittes einsehen und, wie zu erwarten ist, klug genug sind, von demselben abzusehen.“

„Ungarn, sagt der „Moniteur“ verharret in seinen anarchischen Tendenzen. Die Dräfsche Adresse, verstimmt und entstellt, hat nichtsdestoweniger Anhang bei der ersten Kammer in Pest gefunden. Dahin haben die Beratungen nach mehr als zweimonatlichen stürmischen Debatten geführt, Anschuldigungen, Gewaltthätigkeiten, Beleidigungen, Steuer-Verweigerungen, Verlassen jeden Anstandes; Beamten, welche ihre Pflichten verkennen und Schwäche oder eingeschüchterte Richter — dies sind die Elemente des gegenwärtigen Regimes der Magyaren. Ein solcher Zustand der Dinge kann nicht fortauern und die Krisis ist nahe. Die Regierung hat die Langmuth bis aufs äußerste getrieben und eine längere Unschlüssigkeit würde die Macht durch Erniedrigung vernichten.“

Der „Monde“ bemerkt in Bezug auf den guten Rath, welchen der „Constitutionnel“ ertheilt, König Victor Emanuel möge nur stets katholisch, der Papst Italiener sein, daß der h. Vater sich gerade dadurch als Italiener bewiesen habe, daß er gegen die Gewaltthaten und Ungerechtigkeiten protestirt habe, welche Italien in einen Trümmerhaufen zu verwandeln drohten. König Viktor Emanuel habe seit vielen Jahren nicht mehr daran gedacht, daß er katholisch sei, und wollte er es selbst wieder werden, so würde ihm die von ihm zu einer so erschreckenden Macht herangezogene Revolution nicht gestatten, zurückzugehen.

Die „Union“ sagt: Was die Formel anbetrifft, welche den Akt der Anerkennung angeht, so wird von der „Moniteur“ erlauben, ihm zu sagen, daß es schwer ist, Europa und Frankreich einen so wichtigen Entschluß in Ausdrücken mitzutheilen, welche den Kommentaren, dem Schwanken und den Unterstellungen größeren Spielraum darbieten. Alles erscheint in derselben als Ungewißheit, alles ruft Fragen hervor, deren Lösung doch nicht in der Schwere bleiben kann.

Der „Ami de la Religion“ erweist sich gegen die Rede, welche König Viktor Emanuel an die römische Deputation gehalten hat, und stellt dieselbe als eine Frankreich angethane Unbill dar.

Heute begann die Verhandlung des Prozesses Mirès. In dem Requisitionarium des Staats-Anwaltes, das in der Sitzung nicht vorgelesen wird, welches aber den Gerichts-Akten beigelegt ist, sind eine Masse Vergehen weggelassen, welche die Staats-Anwaltschaft Herrn Mirès und Solar anfangs zur Last legte. — Nachdem Mirès zu Bordeaux und dann zu Paris Industrien verschiedener Art versucht hatte, kaufte er 1849 zu einem sehr mäßigen Preise das „Journal des chemins de fer“. Es war in dem Augenblicke, wo sich die industrielle und finanzielle Bewegung, welche die letzten Jahre charakterisirte, mit einer steigenden Energie zu entwickeln begann. Das „Journal des chemins de fer“ wurde eines ihrer bedeutendsten Organe; sein Einfluß wurde bald groß und breitete sich aus. Eine Art Partei bildete sich um dasselbe. Mirès faßte bald den Gedanken, die finanziellen Interessen der Abonnenten und aller derer, welche sich demselben anschließen wollten, um sein Journal zu gruppiren. Er gründete unter dem Namen: „Caisse des actions réunies“ eine Agentur, deren Direktor er wurde und die einen doppelten Charakter hatte: denjenigen einer Theilhaber-Gesellschaft, die in Börsen-Speculationen die ihr anvertrauten Summen zum gemeinschaftlichen Nutzen anlegte und den Gewinn im Verhältnisse des von jedem Theilnehmer gelieferten Capitals vertheilte, und denjenigen eines Commissionshauses für ihm anvertraute Privatgeschäfte. Diese Combination, in welcher sich das Journal und die Agentur gegenseitig unterstützten, hatte einen glänzenden Erfolg; das Vermögen und die Stellung des Directors waren bald geschaffen, und Mirès konnte bald daran denken, seinem Geschäfte eine große Entwicklung zu geben und eine wahre finanzielle Institution daraus zu machen. Durch Akt vom 15. Juni 1853 wurde ein Kommandit-Gesellschaft auf Actien unter dem Titel: „Caisse et journal des chemins de fer“ gegründet. Mirès brachte eine Million Capital, sein Journal und seine Bank-Gesellschaft mit. Sie hatte zum Zwecke, außer der Veröffentlichung des Journals, die Negociation der industriellen und finanziellen Verkäufe, die Uebernahme aller Anleihen sowie auch aller öffentlichen Arbeiten und aller anderen Bank-Operationen. Das Gesellschafts-Capital ward auf 12 Millionen, durch 24,000 Actien zu 500 Fr. repräsentirt, festgesetzt. Ein gewisser Blaife war zuerst Gerant, wurde aber bald durch Mirès ersetzt. Derselbe nahm Solar als Mit-Geranten an. Die Firma lautete J. Mirès u. Comp., und die Gesellschaft functionirte unter gemeinschaftlicher Direction. Die Unternehmungen erschöpften und überstiegen aber bald das Gesellschafts-Capital; man mußte es vermehren. Mirès und Solar sahen dieses ein und stießen sich von den Actionairen zur Modification der Statuten ermächtigen. Durch Akt vom 26. Mai 1856 nahen sie den Titel Caisse générale des chemins de fer an und vermehrte ihr Capital auf 50 Millionen. So constituirte, konnte sie die bedeutendsten Geschäfte unternehmen. Indessen erlitt die Gesellschaft, deren Geschäftskreis sich ohne Maß erweiterte, bedeutende Nachteile; ihr Credit nahm ab, ungeachtet der von ihr jedes Jahr vertheilten Dividenden; 1859 sahen sie selbst abtreten zu wollen, indem sie ihr Gesellschafts-Capital verringerte. Der eine der Geranten, Herr Solar, gab 1860 seine Entlassung, und man konnte in einer gegebenen Zeit eine allgemeine Liquidation erwarten, als im Dezember 1860 eine Denunciation, die von einem Mitgliede des Ueberwachungs-Ausschusses, Herrn v. Pontalba, ausging, der Justiz bezügerliche Thatsachen enthüllte, die einerseits die Verwaltung der Geschäfte der Gesellschaft und andererseits einige der Unternehmungen betrafen, bei denen die

Nr. 8746. Licitations-Aufündigung. (2844. 3)

Vom Magistrat der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass zur Verpachtung des städtischen Wirthschafts-Gebäudes in Krakau auf die Zeit vom 1. November 1861 bis 31. October 1864 am 11. Juli 1861, am 8. August 1861 und am 29. August 1861 im Magistratsgebäude bei dem I. Magistrats-Departement jedesmal um 10 Uhr Vormittags eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Auktionspreis beträgt 3000 fl. ö. W. Das Wadium beträgt 10%. Schriftliche Offerten werden auch angenommen. Die Licitationsbedingungen können im Bureau des I. Magistrats-Departements eingesehen werden. Krakau, am 12. Juni 1861.

Nr. 12194. Rundmachung. (2875. 2-3)

Wegen Verpachtung folgender städtischer Realitäten und Gefälle, so wie der Stadtbeleuchtung in Zywiec wird am 11. Juli und nach Umständen auch am 12. Juli 1861 in der dortigen k. k. Bezirksamtskanzlei von 9 Uhr Vormittags angefangen, eine öffentliche Licitation, bei welcher auch schriftliche Offerten überreicht werden dürfen, abgehalten werden.

- 1. Die städtische Ziegelei für die Zeit vom 1. November 1861 bis dahin 1864 mit dem Fiscalpreise von 80 fl. 85 Nkr.
2. Das Markt- und Standgeldegefall für dieselbe Pachtbauer mit dem Fiscalpreise von 609 fl.
3. Die Feld- und Waidjagdbarkeit für dieselbe Pachtbauer mit dem Fiscalpreise von 39 fl. 37 1/2 Nkr.
4. Der Gemeindezuschlag zur Verzehrungssteuer von gebrannten geistigen Getränken mit 50% und von Bier mit 40% insofern derselbe bewilligt werden wird, mit dem Fiscalpreise von 1610 fl. 54 Nkr. für das W. J. 1862.
5. Die Stadtbeleuchtung vom 1. October 1861 bis 15. März 1862 mit dem Fiscalpreise von 142 fl. Das vor Beginn der Licitation zu erlegende Wadium beträgt 10% von Fiscalpreise. Licitationslustige werden hiemit eingeladen, sich an den obbezeichneten Tagen bei dieser Verhandlung zu betheiligen. Die näheren Licitationsbedingungen können an diesen Tagen in der k. k. Bezirksamtskanzlei eingesehen werden. Von der k. k. Kreisbehörde. Krakau, am 15. Juni 1861.

Nr. 12194. Obwieszczenie.

Celem wydzierżawienia następujących realności i dochodów miasta Zywiec, tudzież oświetlenia tegoż miasta, odbędzie się w dniu 11go i według okoliczności także w dniu 12. Lipca 1861 w tamtejszej kancelaryi c. k. urzędu powiatowego zacząwszy od godziny 9tej rano publiczna licytacya, przy której także pisemne oferty przyjmowane będą:

- 1. Miejska cegielnia od 1. Listopada 1861 do ostatniego Października 1864, cena fiskalna wynosi 80 zła. 85 cent.
2. Dochód z targowego i kramowego od 1. Listopada 1861 do ostatniego Października 1864 cena fiskalna wynosi 609 zła.
3. Prawo polowania po polach i w lesie miasta od 1. Listopada 1861 do ostatniego Października 1864, cena fiskalna wynosi 39 zła. 37 1/2 centów.
4. Dodatek gminny do podatku konsumpcyjnego od napojów upajających wynoszący 50% tudzież od piwa wynoszący 40% o ile takowy dozwolony zostanie. Cena fiskalna wynosi 1610 zła. 54 cent.
5. Oświetlenie miasta od 1. Października 1861 do 15. Marca 1862. Cena fiskalna wynosi 142 zła.

Wadium które przed rozpoczęciem licytacyi złożonem być ma, wynosi 10% od ceny fiskalnej. C. k. władza obwodowa wzywa niniejszem chęć wydzierżawienia mających, aby w oznaczonych dniach w tej licytacyi udział wzięli. Bliższe warunki tej licytacyi w dniu 11. i 12. Lipca b. r. w kancelaryi c. k. urzędu powiatowego oznajmione zostaną. Z c. k. Władzy obwodowej. Kraków, dnia 15. Czerwca 1861.

Nr. 2632. Edict. (2878. 1-3)

Vom Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte wird dem G. G. Kirsch hiemit bekannt gemacht, dass Wehufs Austragung der Richtigkeit und des Vorrechtes der, auf den dem Franz Clement gehörigen und der Fr. Stefania Skarzynska im Executionwege verkauften Güter Rostoka sammt Zugehör hypothekirten Forderungen die Tagsetzung auf den 1. August 1861 um 4 Uhr Nachmittags festgesetzt wurde.

Da der Aufenthaltort des G. G. Kirsch unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Dr. Zielinski als Curator bestellt und demselben der oben angeführte Befehl dieses Gerichtes zugestellt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Neu-Sandez, am 23. Mai 1861.

Nr. 18219. Rundmachung. (2868. 3)

Wegen Vertheilung der Pferde-Zuchts-Prämien pr. 1861. 1. Se. k. k. apostolische Majestät haben mit der. a. h. Entschliessung vom 9. Februar 1860 in Absicht der einheitlichen Fortbildung und der geestlichen Entwicklung des mit der a. h. Entschliessung vom

27. Jänner 1857 eingefesteten Institutes der Pferde-Zuchts-Prämien für die Dauer von 6 Jahren die Verabfolgung von Pferde-Prämien aus Staatsmitteln allergnädigst zu gestatten und gleichzeitig huldvollst zu genehmigen geruht, dass sowohl der Eigenthümer der prämirten als auch die Züchter der wegen Unzulänglichkeit der Prämie nur belobten Pferde mit Medaillen betheilt werden, welche auf der Vorderseite das erhabene Brustbild Sr. k. k. apostolischen Majestät des Kaisers und der Rehrseite die Devise: „Für gute Zucht und Pflege der Pferde“ zu tragen haben.

2. Die diesjährige Prämien-Vertheilung wird in folgenden Concursstationen und an nachstehenden Tagen stattfinden:

Table with columns: Station, Date. Lemberg am 7. August 1861, Zloczow " 10. " " " Tarnopol " 12. " " " Stanislaw " 16. " " " Stryj " 19. " " " Sanok " 2. September " Jaslo " 31. August " Wadowice " 27. " " Rzeszow " 22. " " "

3. Für jede Concursstation ist bestimmt eine Prämie von:

- a) 12 Dukaten für die preiswürdigste Mutterstute mit einem gelungenen Seugfohlen,
b) Drei Prämien zu 4 Dukaten für die zunächst preiswürdigsten Mutterstuten mit Seugfohlen,
c) Eine Prämie von 8 Dukaten für jene dreijährige Stute, welche die vorzüglichste Zuchtfähigkeit verspricht,
d) Zwei Prämien zu 4 Dukaten für die zunächst würdigen dreijährigen Zuchstuten.

Im Ganzen daher 7 Stück mit dem Gesamtbetrage von 40 Dukaten.

4. Zur Bewerbung um diese Prämien werden zugelassen:

- a) Mutterstuten von ihrem 4. bis 7. Lebensjahre mit einem gelungenen Seugfohlen, welche gut gepflegt, gesund und kräftig sind, und die Eigenschaften einer guten Zuchstute besitzen,
b) Dreijährige Stuten, welche eine vorzügliche Zuchtfähigkeit versprechen und noch nicht zum Zuge verwendet worden sind.

5. Die Eigenthümer der um Zuchtpremien concurrenden Stuten müssen durch ein Zeugnis des Gemeindevorstandes nachweisen, dass entweder die sammt Seugfohlen vorgeführte Mutterstute schon vor der Geburt des Fohlens ihr Eigentum war oder dass die vorgeführte zährige Stute von einem, ihn zur Zeit der Geburt gehörig gewesenen Stute geworfen und von ihnen aufgezogen worden ist.

6. Eine mit einer Zuchtpremie bereits beehrte Mutterstute kann bis zum 7ten Lebensjahre noch um weiteres Zuchtpremium concurren, wenn sie in einem, der ersten Prämierung nachfolgenden Jahre, wieder mit einem gelungenen Seugfohlen vorgeführt wird.

Mutterstuten, welche bereits zwei Zuchtpremien erhalten haben, sind von der weiteren Concurrenz ausgeschlossen.

Ebenso können zährige Stuten, welche in dieser Eigenschaft eine Zuchtpremie erhalten haben, als Mutterstuten noch zweimal prämirrt werden.

7. Zuchtpremien dürfen nur preiswürdig befundenen Stuten zuerkannt werden. Die Preiswürdigkeit richtet sich nach dem höheren oder minderen Stande, in welchem sich die Landesverzechtung in der Umgegend der betreffenden Concurrenzstation wirklich befindet. Stuten, welche offenbar Spuren einer verwahrlosten Pflege zeigen, dürfen keinesfalls prämirrt werden.

8. Die Beurtheilung der Preiswürdigkeit der vorgeführten Mutterstuten mit Seugfohlen und die dreijährigen Stuten, sowie die Zuerkennung der Zuchtpreise selbst, erfolgt in den obbenannten Concurs-Stationen durch eine gemischte Commission, welche mit Stimmenmehrheit aller anwesenden Commissionsglieder ihrer Entscheidung fällt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

9. Nachdem die Zuchtpremien zunächst für die Pferde-Züchter im Kleinem ausgesetzt sind, so können Stuten größerer Pferdezüchter von Besitzern aus dem Stande der Großgrundbesitzer nur insofern zur Mitconcurrenz zugelassen werden, dass denselben nicht die ausgefesteten Zuchtpremien, sondern für ihre zur Concurrenz gebrachten und preiswürdig erkannten Pferde, die öffentliche Belohnung nebst einer Medaille, als eine dem Stande dieser Pferdebesitzer angemessene Anerkennung, zuerkannt wird. Die weiteren gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Pferde-Zuchtpremien sind in der h. Ministerial-Verordnung vom 27. April 1857 N. G. W. Nr. 85 und 18. Februar 1860 N. G. W. Nr. 47 enthalten.

Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 13. Juni 1861.

Nr. 18219. Obwieszczenie

względem podziału premii wyznaczonych za chów koni na rok 1861.

1. Jego c. k. apostolska Mość raczył najwyższym postanowieniem z dnia 9. Lutego 1860 w celu trwałego utworzenia i pomyslnego

rozwoju, wznieconego najwyższym postanowieniem z dnia 27. Stycznia 1857 zakładu „udzielania premii za chów koni“ na wyplacanie premii przez lat sześć z funduszu państwa, najlaskawiej zezwolił i jednocześnie zatwierdził, ażeby tak właścicielom premiowanych, jakoteż hodownikom dla niewystarczających premii tylko uznaniem pochwalonych koni, rozdano medale mające na stronie przedniej — awersie — wypukłe popiersie Jego c. k. apostolskiej Mości Cesarza, a na stronie odwrotnej — rewersie — dewizę: „za dobre hodowanie i pielegnowanie koni.“

2. Tegoroczne rozdanie premii, odbędzie się w wyrażonych tu stacyach konkursowych i w dniach jak następuje:

Table with columns: Station, Date. We Lwowie dnia 7 Sierpnia 1861, w Zloczowie " 10 " " " w Tarnopolu " 12 " " " w Stanislawowie " 16 " " " w Stryju " 19 " " " w Rzeszowie " 22 " " " w Wadowicach " 27 " " " w Jasle " 31 " " " w Sanoku " 2 Wrzesnia "

3. Dla każdej stacyi konkursowej wyznaczone są premia:

- a) 12 dukatów za najgodniejszą nagrody klacz z udatnem zrebiciem,
b) trzy premie po 4 dukaty za następnie idące nagrody najgodniejsze klacze ze zrebietami,
c) premie 8 dukatów za trzyletnią, do chowu zrebiet najwięcej obiecującą klacz,
d) dwie premie po 4 dukaty za następnie idące i do chowu zrebiet obiecujące klacze, zatem w ogóle dla 7miu klaczy, na każdą konkursową stacyę ryczałtową kwotę 40 dukatów.

4. Do ubiegania się o te premia będą przypuszczone:

- a) klacze od 4 do 7 roku życia z udatnem zrebiciem, któreby były dobrze pielegnowane, zdrowe, silne i posiadały zalety do chowu zrebiet dobrych klaczy,
b) trzyletnie klacze z obiecującymi własnościami dobrych do chowu zrebiet matek a niebyły jeszcze w zaprzęgu i do pociągu używane.

5) Właściciele klaczy ubiegających się o premia, powinni udowodnić świadectwem przełożonego gminy, że przyprowadzona ze zrebiciem klacz, albo jeszcze przed urodzeniem zrebicia była ich własnością, lub że przyprowadzona trzyletnia, przez nich wychowana klacz, była urodzoną z klaczy, która w czasie ozrebiania się do nich należała.

6. Klacz która już otrzymała premia, może do 7go roku życia, jeszcze o dalszą premia ubiegać się, jeżeli rokiem później po pierwszej nagrodzie, znowu z udatnem zrebiciem jest przyprowadzona.

Klacz które już dwie premia otrzymały, są od dalszych konkurencyi wykluczone.

Również mogą trzyletnie klacze, które w tej własności czyli jako takie, premia otrzymały, jeszcze dwa razy premia otrzymać, jako matki.

7. Premie mogą być tylko tym do chowu zrebiet dobrym i odznaczającym się klaczom przyznane, które przy tych własnościach za godne uznane zostały.

Godność nagrody stosuje się według wyższego lub niższego stanu, w jakowym chów koni w okolicy dotyczącej stacyi konkursowej znajduje się.

Klacz któreby okazywały widoczne ślady zaniedbanego pielegnowania, w żadnym razie nagrody otrzymać niemoga.

8. Osądzenie godności nagrody dla przyprowadzonych klaczy ze zrebietami, tudzież trzyletnich klaczy, jakoteż samo przyznanie nagród chowu, odbędzie się w wyż wyrażonych stacyach konkursowych przez komisję mieszaną, która większością głosów wszystkich obecnych członków komisji rostrzygać ma. Przy równej liczbie głosów rostrzygnie los.

9. Ponieważ premia chowu przedewszystkiem dla chodowników koni, są wyznaczone na małą skalę, przeto klacze większych hodowników i właścicieli stadnin ze stanu posiadaczów wielkich majątności ziemskich, mogą tylko o tyle do współubiegania się być przypuszczone, że za ich do konkurencyi przyprowadzone i nagrody godne uznane konie, będzie im przyznana publiczna pochwała z nadaniem medalu, jako uznanie stosowne stanowi tych posiadaczy koni.

Dalsze postanowienia względem premii za chów koni, są zawarte w rozporządzeniach wysokiego ministerstwa z dnia 27. Kwietnia 1857 pod liczbą 85 Dziennika praw państwa i z dnia 18go Lutego 1860 r., do liczby 47 Dziennika praw Państwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 13. Czerwca 1861.

3. 3047. Edict. (2883. 2-3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichte wird über das Gesuch des Lazar Gager aus Blazowa der Inhaber des Wehfelds bdo. Lemberg am 11. Jänner 1861 über 446 fl. 25 kr. ö. W. Ein Jahr a dato in Blazowa zahlbar und von Chaja Unger acceptirt, ohne Angabe des Remittenten und ohne Fertigung des Ausstellers — aufgefordert, denselben binnen 45 Tagen vom 12. Jänner 1862 angedreht, diesem Gerichte vorzulegen, widrigenfalls selber als Null und nichtig erklärt würde. Rzeszow, am 2. Juni 1861.

Wiener - Börse - Bericht vom 28. Juni. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with columns: Description, Gold, Baare. In Def. W. zu 5% für 100 fl. 60 60 60 80, Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. 80 20 80 40, Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. — — — —, Metalliques zu 5% für 100 fl. 67 80 68 —, ddo. 4 1/2% für 100 fl. 58 50 59 —, mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. 114 50 115 —, 1854 für 100 fl. 89 50 90 —, 1860 für 100 fl. 84 40 84 50, Como-Rentenscheine zu 4 1/2 L. austr. 16 50 17 —

Table with columns: Description, Gold, Baare. B. Der Kronländer. Grundentlastungs-Dobligationen von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl. 89 — 90 —, von Böhren zu 5% für 100 fl. 85 — 86 —, von Schlesen zu 5% für 100 fl. 83 — 85 —, von Steiermark zu 5% für 100 fl. 87 — 88 —, von Tirol zu 5% für 100 fl. 97 — 99 —, von Kärntn., Krain u. Ruff. zu 5% für 100 fl. 87 — 88 —, von Ungarn zu 5% für 100 fl. 88 25 89 —, von Tem. Ban. Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl. 67 — 68 —, von Galizien zu 5% für 100 fl. 65 50 66 —, von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl. 63 50 64 —

Table with columns: Description, Gold, Baare. C. Actien. Nationalbank. 704 — 706 —, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W. 172 90 173 —, Nied.-öst. Compt.-Gefellsch. zu 500 ö. ö. W. 580 — 583 —, österr. Nordbahn 1000 fl. C. W. 1953 — 1955 —, Staats-Eisenbahn-Gefellsch. zu 200 fl. C. W. oder 500 fr. 274 — 274 50, österr. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C. W. 169 50 170 —, Süd-nordb. Verb. u. B. zu 200 fl. C. W. 117 25 117 75, österr. Staats-Lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 fr. m. 160 fl. (80%) Einz. 218 — 220 —, österr. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C. W. mit 140 fl. (70%) Einzahlung. 149 — 149 50, mit 60 fl. C. W. (30%) Einzahlung. 64 50 65 —, österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C. W. 422 — 424 —, österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C. W. 214 — 216 —, österr. Dampfschiffahrtsgesellschaft zu 500 fl. österr. Währ. 400 — 402 —, Wiener Dampf- u. Maschinen-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ. 380 — 385 —

Table with columns: Description, Gold, Baare. W. Anleihe. Nationalbank 102 — 102 50, auf C. W. 97 — 98 —, verlosbar zu 5% für 100 fl. 90 25 90 75, Nationalbank 12 monatlich zu 5% für 100 fl. 99 50 100 —, auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl. 86 30 86 50, Galiz. Kredit-Anstalt C. W. zu 4% für 100 fl. 80 — 82 —

Table with columns: Description, Gold, Baare. D. Wechsel. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung. 118 25 118 50, Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zu 100 fl. C. W. 101 — 101 50, Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C. W. 122 — 123 —, Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. öst. W. 36 50 37 —, Pesthazy zu 40 fl. C. W. 95 — 96 —, Salm zu 40 " 38 — 38 25, Walfy zu 40 " 37 25 37 75, Clary zu 40 " 35 50 36 —, St. Genois zu 40 " 37 50 38 —, Windischgrätz zu 20 " 22 25 22 50, Waldstein zu 20 " 25 75 26 25, Regleisch zu 10 " 14 75 15 25

Table with columns: Description, Gold, Baare. E. Monats. Bank- (Platz-) Sconto Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3/4% 117 — 117 25, Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3/4% 117 25 117 50, Hamburg, für 100 M. W. 3/4% 103 25 103 25, London, für 10 Pf. Sterl. 5/4% 138 — 135 50, Paris, für 100 Francs 5/4% 54 50 54 55

Table with columns: Description, Gold, Baare. F. Cours der Geldsorten. Durchschnitts-Cours. Kaiserliche Münz-Dukaten. 6 56 6 57 1/10 6 57 6 58, vollw. Dukaten. 6 56 6 57 1/10 6 56 6 57, Krone. — — — — 19 — 19 05, 20 Frankstüd. — — — — 11 03 11 05, Russische Imperiale. — — — — 11 32 11 35, Silber. — — — — 137 — 137 25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 4. November 1860 angefangen bis auf Weiteres.

Table with columns: Station, Time. Abgang: von Krakau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 35 Min.; — nach Warschau 7 Uhr Früh; — nach Odrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Früh; — nach Rzeszow 5 Uhr 35 Min. Früh; — nach Przemysl 10 Uhr 30 Min. Früh, 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Wieliczka 7 Uhr 20 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends. Ankunft: von Oftrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags, von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 2 Uhr 6 Minuten Nachmittags, von Szczakowa nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vormitt., 1 Uhr 48 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends; — nach Trzebinia 7 Uhr 23 Min. Früh, 2 Uhr 33 Minuten Nachmittags, von Rzeszow nach Krakau 2 Uhr 25 Min. Nachmitt., — nach Przemysl 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 15 Minuten Abends, von Myslowitz nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

Table with columns: Station, Time. Anknunft: in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Odrau über Oberberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Rzeszow 8 Uhr 40 Min. Abends; — von Przemysl 6 Uhr 15 Min. Früh, 3 Uhr 15 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 40 Min. Abends, in Rzeszow von Krakau 11 Uhr 51 Min. Vorm., in Przemysl von Krakau 6 Uhr 48 Minuten Früh, 6 Uhr Nachmittags.

Meteorologische Beobachtungen

Table with columns: Time, Baromet. Höhe auf in Barall. Min. Maxium, Temperatur nach Reaumur, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Temperatur der Luft im Laufe d. Tage. 2 327 05 +14.4 89 Nord West stark, 10 27 76 11.0 86 " " Sturm, 6 28 35 10.0 86 " " stark

Amtsblatt.

3. 5099. Edict. (2850. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird zur Einbringung der vom Alois Bersohn wider Israel Gärtner...

- 1. Zum Ausrufspreise wird der bei der gerichtlichen Schätzung erhobene Werth von 2699 fl. 30 kr. ...

Von dieser auszuschreibenden Feilbietung werden beide Streittheile und zwar die dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Hieronymus Fürst Sanguszko...

3. 7732. Edict. (2814. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gegeben, es werden zur Vornahme der zur Vereinerung...

Dievon werden die Streittheile und sämtliche Hypothekengläubiger, und zwar die dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Gläubiger Anna Pohorecka...

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts. Tarnów, am 29. Mai 1861.

L. 7732. Edykt.

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski czyni niniejszym wiadomo, że pozwolona celem zaspokojenia...

p. Bolesława Goławskiego i p. Klementyny Kozieradzkiej własnych 1/2 części dóbr Gorzejowa górna i średnia pod przedłożonymi w podaniu...

O czem się uwiadamia strony obydwie i wszystkich wierzycieli hipotecznych, a mianowicie nieznanym z życia i miejsca pobytu: Annę Pochorecką...

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 29. Maja 1861.

N. 2210. Edykt. (2848. 3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski rozpisuje niniejszem na wezwanie c. k. Sądu krajowego Lwowskiego z 3. Kwietnia 1861 L. 11784...

- 1. Sprzedaż ta odbędzie się przy c. k. Sądzie obwodowym Rzeszowskim z dwóch terminach, to jest: 7go Sierpnia 1861 i dnia 10. Września 1861...

4. Jeżeliby rzeczona dobra w powyższych dwóch terminach za lub wyżej ceny szacunkowej sprzedane nie zostały, natenczas wyznacza się do ustanowienia...

6. Dla wierzyciela z miejsca pobytu niewiadomego Alexandra hr. Letnera i dla tych wierzycieli, którzyby po 11. Lutego 1861 do tabuli weszli...

O tém uwiadamia się p. Agnieszka hr. Pinińska, jako egzekucję prowadząca do rąk téżże pełnomocnika p. adwokata Rajskiego...

sprzedać się mających dóbr, na koniec wszystkich wierzycieli tabularnych z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, a wierzyciela Alexandra hr. Letnera...

Uchwalyno w radzie c. k. Sądu obwodowego. Rzeszów, dnia 31. Maja 1861.

N. 7727. Edykt. (2851. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Oraczewskiego i księdza Krzysztofa Skotnickiego co do życia i miejsca pobytu niewiadomych...

Ponieważ zaś miejsce pobytu zapozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd obwodowy ustanawia dla ich obrony na ich koszt i niebezpieczeństwo kuratora...

Tym więc edyktem wzywa się pozwanych, by wczesnie albo zgłosili się, lub też dowody prawne ustanowionemu kuratorowi wręczyli...

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 4. Czerwca 1861.

N. 2136. Edykt. (2817. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie uwiadamia, iż pozwala się Franciszkowi Jareckiemu celem przymusowego wydobycia sumy 350 zlr. mk. czyli 367 zła. 50 c. z 4% odsetkami...

Dla wierzycieli z miejsca pobytu nieznanomych, a to: dla Wolfa Sobel, dla Mojżesza Rost i Szyj Rost, dla małoletnich sukcesorów Wawrzyńca i Karoliny Czikel...

Uchwalono w radzie c. k. Sądu obwodowego. Rzeszów, dnia 26. Kwietnia 1861.

N. 5504. Obwieszczenie. (2812. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski krywa niniejszym edyktem w skutek podania Krzyszpina Barzczewicza w imieniu spadkobierców s. p. Macieja Ruckiego...

- a) dokładne wyrażenie imienia i nazwiska, tudzież miejsca pobytu (liczby domu) zgłaszającego się, lub jego pełnomocnika...

d) w razie zgłaszający się za obrębem tego c. k. Sądu mieszka, oznajmienie pełnomocnika w obrębie Sądu mieszkającego celem wręczenia mu sądowych rozporządzeń...

Oraz czyni się wiadomo, że ten któryby w powyższym terminie oznajmienia nie wniósł, tak uważanym będzie, jak gdyby z przekazaniem swej pretensyi do kapitału wynagrodzenia według koleji na niego przypadającej...

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 17. Maja 1861.

N. 37078. Kundmachung. (2826. 3)

Bei der am 1. Juni d. J. in Folge der a. h. Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 vorgenommenen 335. und 336. Verlosung der älteren Staatsschuld ist die Serie Nr. 33 und 474 gezogen worden.

Die Serie 33 enthält Banco-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 5% u. z.; Nr. 24593 bis einschließig 25062 mit dem ganzen Capitalbetrage von 1.001.811 fl. und im Zinsbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 25045 fl. 16 1/2 kr.

Die Serie 474 enthält die böhm. ständ. Ararial-Obligation im ursprünglichen Zinsfuß von 4% u. z.; Nr. 164856 mit einem Zweig- und Dreifachtel der Capitalsumme, und nied. österr. ständische Ararial-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 5% u. z.

Vom Anlehen v. J. 1789 Nr. 1730 bis einschließig 2998, vom Anlehen v. J. 1795 Nr. 4003 bis einschließig 4475 und vom Kriegsdarlehen v. J. 795 bis zum J. 1799 Litt. A. Nr. 4 bis einschließig 200 im Gesamt-Capital-Betrage von 1.052.977 fl. 16 kr. und im herabgesetzten Zinsfuß von 25008 fl. 54 1/4 kr.

Für die böhmische ständische Ararial-Obligationen Nr. 164856, welche in Folge der Verlosung zur ursprünglichen aber 5% nicht erreichenden Verzinsung gelangt, wird auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen eine 5% auf österr. Währung lautende Obligation erfolgt.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 7. Juni 1861.

N. 37078. Obwieszczenie.

Przy 335tém i 336tém losowaniu dawniejszego długu Państwa, odbytem w moc najwyższego patentu z dnia 21. Marca 1818 i 23. Grudnia 1859 na dniu 1go Czerwca 1861 została wyciągnięta Serya Nr. 33 i 474.

Serya 33 zawiera obligacye bankowe 5% pierwotnej stopy procentowej, mianowicie Nr. 24593 do 25062 włącznie z całą sumą kapitału 1.001.811 zlr., i w ilości procentów podług znizonej stopy procentowej 25.045 zlr. 16 1/2 kr.

Serya 474 zawiera czeskie stanowe obligacye rządowe pierwotnej stopy procentowej 4% Nr. 164846 z jedną trzydziestą drugą częścią sumy kapitału, i niższo-austryackie obligacye rządowe pierwotnej stopy procentowej 5%, mianowicie:

Z pożyczki z r. 1789 Nr. 1730 do 2998 włącznie z pożyczki z r. 1795 Nr. 4003 do 4475 włącznie — i z pożyczki wojennej z r. 1795 do roku 1799 Lit. A. Nr. 4 do 200 włącznie w ogólnej sumie kapitału 1.058.977 zlr. 16 kr., a w ilości procentów podług znizonej stopy procentowej 25.008 zlr. 54 1/4 kr.

Obligacye te zostaną w moc postanowien najwyższego patentu z 21. Marca 1818 podwyższone na pierwotną stopę procentową i jeżeli takowa 5 procentu w mon. konw. dosięgnie, podług normy wymiany obwieszczeniem c. k. Ministerium skarbu z 26. Października 1858 do L. 5286 (Dziennik Praw Państwa Nr. 190) ogłoszonej, wymienione na 5% zapisy długu Państwa na walutę austrjac. opiewające.

Za czeską stanową obligacyę rządową Nr. 164856, która w skutek wylosowania, osiągnęła pierwotne lecz 5% niedochodzące oprocentowanie, zostanie stronie podług postanowien w wymienioném obwieszczeniu zawartych na żądanie wydana 5% obligacya na walutę austrjacką opiewająca. Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 7. Czerwca 1861.

N. 62. **Obwieszczenie.** (2827. 3)

Do panów wierzycieli firmy „Izak Fass“ w Rzeszowie!

Odnośnie do rozporządzenia tutejszego c. k. Sądu obwodowego z dnia 28. Grudnia 1860 do L. 6686 zarządzającego postępowanie ugodne względem całego majątku tutejszej firmy handlowej „Izak Fass“ i polecającego mnie przewodniczenia temu postępowaniu, wzywam panów wierzycieli, ażeby się do mnie ze swojemi na jakiegokolwiek prawnej zasadzie opierającymi pretensjami przeciwko masie do 22. Lipca r. b. łącznie wraz ze środkami dowiedzenia tym pewnie w piśmie zgłosili, gdyżby w przeciwnym razie, jeżeliby ugodna do skutku przyszła, od zaspokojenia z majątku postępowaniu ugodnemu podciągniętego, o ileby ich pretensje prawem zastawu zabezpieczone niebyły, wykluconymi byli.

Rzeszów, dnia 14. Czerwca 1861.

Jan Pogonowski,

Notaryusz publiczny jako komisarz sądowy.

N. 1042. **Ogłoszenie.** (2834. 3)

C. k. Sąd powiatowy Skawina, czyni wiadomo że c. k. Notaryuszowi p. Władysławowi Domaradzkiemu w Skawinie w myśl §. 183 lit. a. rozporządzenia cesarskiego z dnia 7. Lutego 1858 spisany protokół śmierci, jakoteż i przedsiębranie innych aktów potrzebnych spadkowych w mieście Skawinie, potem we włościach: Samborek, Kopanka, Borek szlachecki, Bzów, Buków, Chorowice, Korabniki dolne i górne razem z Brzyczyną dolną i Sidzinie poruczonym zostało. Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Skawina, dnia 13. Czerwca 1861.

N. 5357. **Licitations-Ankündigung.** (2843. 3)

Von Seite der Tarnower k. k. Kreisbehörde wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der Kostgebung für 5 Vorsteher und etwa 90 Zöglinge im Tarnower lat. Seminarium für die Zeitperiode vom 1. October 1861 bis dahin 1862 ferner der Erfordernisse an Tuch-, Leinwand-, minderen Bekleidungsstücke, Schneiderarbeit, Wäschereinigung, Nähtarbeit und an Beleuchtungsstoffen für das Schuljahr 1862 eine Licitation am 16. Juli 1861 und falls diese ungünstig ausfallen sollte eine 2te am 23. Juli 1861 in der Kreisbehörde-Kanzlei abgehalten werden wird. Die Verhandlung beginnt um 9 Uhr Vormittags und wird mit Schlag 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

Die Licitationsbedingungen und das Badium werden bei der Verhandlung bekannt gegeben werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Tarnow, am 19. Juni 1861.

N. 431. **Licitations-Ankündigung.** (2855. 3)

Vom Neu-Sandezer k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung zur Lieferung

- 1. von 30 Ries klein Konzept-Maschin-Papier, 50 Ries klein Konzept-Bütten-Papier, 1 Ries groß Konzept-Bütten-Papier, 1 Ries klein Regal-Konzept-Papier, 1 Ries groß Regal-Konzept-Papier, 80 Ries klein Kanzlei-Maschin-Papier, 20 Ries klein Kanzlei-Büttenpapier, 2 Ries groß Kanzlei-Büttenpapier, 5 Ries klein Postpapier, 4 Ries groß Regal-Packpapier, 1 Ries Löschpapier, 150 Pfd. Stearinkerzen, 100 Pfd. Argand Unschlittkerzen, 20 Pfd. doppelt raffiniertes Lampenöl, 120 Bund Federhefte, 24 Pfund Siegelack, 20 Pfund Bindspagat, 12 Schock Siegel-Blatten, 6 Binden Packspagat, 100 Ellen Packleinwand, 100 Stück Rebschnüre und
- 2. der Buchbinderarbeiten für das k. k. Kreisgericht in dem Verwaltungsjahre 1862 am 15. Juli 1861 und den folgenden Tagen um 9 Uhr Vormittags eine Licitation im Kreisgerichts-Gebäude abgehalten werden wird.

Zu dieser Verhandlung werden Unternehmungslustige mit dem Bemerkten eingeladen, daß sie die Licitationsbedingungen hiergerichts eingesehen können, und daß auch schriftliche vorschriftsmäßig eingerichtete Offerten vor und während der Licitation übergeben werden können.

Vom Präsidium des k. k. Kreisgerichts.

Neu-Sandez, am 20. Juni 1861.

N. 5029. **Edict.** (2853. 3)

Vom Tarnower k. k. städtisch deleg. Bezirksgerichte wird dem, dem Aufenthaltsorte nach unbekanntem Alois Rosner gewesenem Tarnower Lotto-Collectanten durch dieses Edict bekannt gemacht: Es habe die k. k. Finanz-Procuration Namens des Lotto-Gefälls hiergerichts am 28. Mai 1861 Z. 5029 ein Gesuch um Bewilligung des provisorischen Pfandrechts auf die Interessen und den allfälligen Gewinn von den bei der k. k. Universitäts-Staatschuldentafel in Wien als Caution für den Collectanten Alois Rosner vincuirten Werthpapieren, zur Sicherstellung des hinter Alois Rosner aushaftenden Lottogefälls-Rückstandes pr. 1045 fl. 23 kr. C.M. überreicht, worüber mit Bescheid vom heutigen Z. 5029 diesem Gesuche willfahrt, und dem Alois Rosner zur Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten der Landesadvokat Dr. Grabczyński mit Substituierung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Bandrowski als Curator aufgestellt worden ist.

Dem abwesenden Alois Rosner wird die Warnung erteilt, daß er entweder den aufgestellten Curator über die zweckmäßige Vertretung gehörig anzuweisen, oder dem

Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.

Rozwadów, am 31. Mai 1861.

N. 684. **Edict.** (2862. 3)

Des k. k. Bezirksamtes als Gerichts zu Dąbrowa.

Marfus Wind, Jakob Lerner und Jittel Gold haben wider die dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Ghaim König, Josef Liebschütz, Berko Bau, ferner die Erben nach Michael Eibenschütz, als: Aschtr Eibenschütz, Schonka und Cypra Eibenschütz, die liegende Nachlassmasse nach Rachel Eibenschütz, endlich Ghastel Eibenschütz, Jtte Fränkel, Hane Damask, Sara Korngold, Feige Pineles, Reifel Fränkel und Ghaje Münzer durch einen aufzustellenden Curator ad actum für die abwesenden Belangten pcto. Löschung der im Lastenstande der Realität sub Nr. 24 in Dąbrowa intabulirten Forderungen pr. 38 fl. 600 fl. W.W., 22 fl. 60 preuß. Thaler und 325 fl. W.W. f. N. G. unterm 26. April l. J. Z. 684 eine Klage angebracht, worüber eine Tagsatzung auf den 6. August 1861 um 9 Uhr Vormittags angeordnet und zur Vertretung der geklagten, Ghaim König, Josef Liebschütz, Berko Bau, Schonka und Cypra Eibenschütz, Ghastel Eibenschütz, Jtte Fränkel, Hane Damask, Sara Korngold, Feige Pineles, Reifel Fränkel, Ghaje Münzer und die liegende Nachlassmasse nach Rachel Eibenschütz, deren Aufenthalt dem Gerichte unbekannt ist, Herr Josef Eibenschütz bestellt wurde.

Jedem der vorgenannten ihrem Wohnorte hiergerichts unbekanntem Geklagten wird erinnert daß sie entweder bei der Tagsatzung, welche über die wider sie eingebrachte Klage angeordnet wurde, selbst oder durch einen von ihnen bestellten Nachhaber zu erscheinen haben, widrigen gegen sie eingeleiteten Verhandlung mit dem auf ihre Gefahr und Kosten für sie bestellten Curator gepflogen und darüber entschieden werden würde.

Dąbrowa, am 24. Mai 1861.

N. 6427. **Edykt.** (2872. 3)

C. k. Sąd delg. miejski w Krakowie wzywa nieznanych z pobytu: Władysława i Franciszka Baumów, do spadku po Janie Baumie w Bukaraszowie zmarłym powołanych, aby się w ciągu jednego roku do spadku tego zgłosili; inaczey bowiem takowy ich imieniem przez kuratora p. notaryusza Muczkowskiego objęty i dla nich aż do udowodnienia ich zejścia w Sądzie zachowany będzie.

Z c. k. Sądu deleg. miejskiego. Kraków, dnia 13 Czerwca 1861.

N. 778. **Ankündigung.** (2876. 3)

Zur Verpachtung des städtischen Schlachthauses in Wieliczka auf die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864, wird eine abermalige Licitation auf den 2. September 1861 um 9 Uhr Vormittags in der hierortigen Magistratskanzlei ausgeschrieben. Der Fiscalpreis ist jährlich 113 fl. 40 kr. ö. W. und das Badium 12 fl. ö. W. Es werden auch schriftliche Offerte angenommen, und die Licitations-Bedingnisse können in den gewöhnlichen Amtsstunden in der hieramtlichen Amtskanzlei eingesehen werden.

Magistrat, Wieliczka, am 19. Juni 1861.

N. 3432. **Accessistenstelle.** (2854. 3)

Zur Besetzung der bei dem Rzeszower k. k. Kreisgerichte erledigten Accessistenstelle mit 420 fl. und im Falle giabrueller Vorrückung mit 367 fl. 50 kr. ö. W. wird hiemit der Concur ausgeschrieben.

Bittwerber um diese Stelle haben ihre nach Vorchrift des kaiserlichen Patentes vom 3. Mai 1853 Nr. 81 R. G. B. adjustirten Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung der gegenwärtigen Concur-Ausschreibung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ beim Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidium zu überreichen.

Vom k. k. Kreisgerichte. Rzeszów, am 21. Juni 1861.

N. 754. **Edict.** (2864. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte in Rozwadów wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Ghaja Schmuckler wider die liegende Masse nach Jsaak Bergel wegen Anerkennung des Eigenthums und Rückstellung des sub Nr. 40 in Rozwadów gelegenen Hauses, so wie des einen Theils des dazu gehörigen Platzes, dann Ersas des entgangenen Nutzens die Klage des präs. 19. Februar 1856 Z. 405 civ. hiergerichts überreicht, und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung dieser Rechtsache testlich die Tagsatzung auf den 26. August 1861 um 9 Uhr Vormittags anberaumt wurde.

Da die Erben der belangten liegenden Masse diesem Gerichte unbekannt sind, so hat das k. k. Bezirksamt als Gericht zu deren Vertretung den hiesigen Insassen Marthus Blasbalg als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird. Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen

Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.

Rozwadów, am 31. Mai 1861.

N. 33210. **Rundmachung.** (2869. 3)

In Folge des h. Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 26. October 1853 Z. 27493 wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Bewerber, welche im laufenden Solarjahre 1861 zur Ablegung der Staatsprüfung für Forstwirthe, dann jener für das Forstschuß und zugleich technische Hülfspersonale zugelassen werden wollen, ihre nach Vorchrift des h. Ministerial-Erlasses vom 16. Jänner 1853 (R. G. B. St. XXVI. Nr. 63 Seite 640) belegten Gesuche bis 15. Juli 1861 bei dieser k. k. Statthalterei, und zwar: Die im öffentlichen Dienste stehenden Individuen im gewöhnlichen Dienstwege und die übrigen im Wege der betreffenden Kreisbehörde einzubringen haben.

Die Zeit und die Art, in welcher die obigen Staatsprüfungen stattfinden werden, werden später bekannt gemacht werden.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 22. Mai 1861.

N. 33210. **Obwieszczenie.**

W myśl wys. reskryptu c. k. Ministerstwa spraw wewnetrznych z dnia 26. Października 1853 L. 27493 podaje się do wiadomości powszechny że kandydaci, którzy w bieżącym roku słonecznym 1861 do złożenia egzaminu rządowego na gospodarzów leśnych, tudzież na nadzorców lasów i pomocników technicznych chcą być przypuszczeni, podania swe według przepisu wys. reskryptu ministeryalnego z dnia 16. Stycznia 1853 (Dz. Pr. P. część XXVI. Nr. 63 str. 640) dokumentami należytemi zaopatrzone najdalej do 15. Lipca 1861 temu c. k. Namiestnictwu przedłożyć mają, mianowicie osoby w publicznej służbie zostające w zwyczajnej drodze służbowej, inni zaś przez właściwe c. k. urzędy obwodowe.

Czas i tryb, jakim powyższe egzamina rządowe odbywać się będą, później ogłoszony zostanie.

Od c. k. galicyjskiego Namiestnictwa. Lwów, dnia 22. Maja 1861.

N. 536. pr. **Concursauschreibung.** (2866. 3)

Die Amtsdienststelle bei der k. k. Finanz-Procuration in Krakau mit dem Gehalte von jährlichen 315 fl. ö. W. und dem Genusse der Naturalkleidung ist in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Dienststelle haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche bis 10. August l. J. bei der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau einzubringen, und sich darin über Alter, Religion, Kenntniß der Landesprachen, Stand (ob ledig oder verheiratet und Anzahl der Kinder) ihre bisherige Beschäftigung und Verwenbung, tadellose Moralität und physische Dienstfähigkeit auszuweisen.

Hiebei wird aber bemerkt, daß nur solche Individuen um die gedachte Stelle mit Aussicht auf Erfolg einschreiten können, welche bereits zur Staats-Verwaltung in einem Dienstverbande stehen, oder sich im Stande der Quieszenz befinden.

Krakau, am 24. Juni 1861.

N. 5263. **Licitations-Ankündigung** (2884. 3)

Von der Sandezer k. k. Kreisbehörde wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, das behufs der Verpachtung der Alt-Sandezer städtischen Propination von Branntwein, Meth und geistige Getränke, dann der Alt-Sandezer städtischen Bierpropination auf die Dauer von drei Jahren d. i. vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 eine öffentliche Licitations-Verhandlung am 17. Juli 1861 in der Alt-Sandezer Bezirkskanzlei wird abgehalten werden.

Der Fiscalpreis für beide Gefälle beträgt 5110 fl. ö. W. und für den Fall der abgeforderten Pachtung der Branntweinpropination und der Bierpropination beträgt der Fiscalpreis für die Branntweinpropination 3710 fl. ö. W. und für die Bierpropination 1400 fl. ö. W.

Das Badium beträgt den 10 Theil der Fiscalpreise. Schriftliche mit dem Badium belegte und vorschriftsmäßig verfaßte Offerten werden vor und während der Licitations-Verhandlung angenommen, dieselben müssen aber vor dem Abschlusse der mündlichen Verhandlung angenommen werden.

Nachtragsanbote werden unter keiner Bedingung berücksichtigt werden.

Von der k. k. Kreisbehörde. Neu-Sandez, am 15. Juni 1861.

N. 5263. **Obwieszczenie.**

C. k. Władza obwodowa Sandecka podaje niżejszym do powszechny wiadomości, że w celu wypuszczenia w dzierżawę propinacyi wódczanej, miodowej i piwnej w mieście Starym Sączu na trzy lata t. j. od 1. Listopada 1861 aż do ostatniego Października 1864, 17. Lipca 1861 odbędzie się licytacja publiczna w kancelaryi urzędu powiatowego w Starym Sączu. Cena wywołania na propinacye wódczaną, miodową i piwną razem wynosi 5110 złr. w. a. w razie oddzielnego wypuszczenia w dzierżawę propinacya wódczana i miodowa wynosi 3710 złr. propinacya piwna zaś 1400 złr. Wadium wynosi 10ta część ceny wywołanej.

Pisemne oferty z załączonem wadium formalnie wystosowane przed licytacją i w ciągu licytacji ustnej przyjmowane będą, jednakowo muszą one przed ukończeniem ustnej licytacji być oddane, po ukończeniu licytacji żadna oferta uwzględniona nie będzie.

Z c. k. Władzy obwodowej. Nowy Sącz, dnia 15. Czerwca 1861.

N. 19007. **Rundmachung.** (2870. 3)

Der Tabak-Unterverlag in Lubaczów, dem auch der Kleinverschleiß der Stempelmarken obliegt, ist im Concurrenzwege durch Ueberreichung schriftlicher Offerte zu besetzen. Dieser Unterverlag faßt das Tabakmateriale und die Stempelmarken bei dem 9/4 Meilen entfernten Bezirks-Magazine Zółkiew. Im Verwaltungsjahre 1860 betrug der Materialverkehr 571 Zentner Tabak im Gelde zusammen 36,000 fl.

Zur Tabak-Material-Baffung sind außer mehreren Kleintrafikanten auch zwei Großtrafikanten zugewiesen, welchen letzteren die Provision mit je 3% zu erfolgen ist. Bei einer Dotation von 5% vom Tabak, und 1 1/2% vom Stempel-Verschleiß beträgt der Bruttogewinn 2516 fl. Die Offerten mit dem Badium von 250 fl. sind längstens bis 23. Juli 1861 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Zółkiew zu überreichen.

Die näheren Bedingungen und der Erträgnis-Ausweis kann bei der gedachten Finanz-Bezirks-Direction und auch bei dieser k. k. Finanz-Landes-Direction eingesehen werden.

Lemberg, den 17. Juni 1861.

N. 915. **Edict.** (2865. 3)

Von dem k. k. Bezirksamte als Gericht in Kolbuszów, Tarnower Kreises wird bekannt gemacht, daß am 18. Juni l. J. der in Omolas hiesigen Bezirks ange stellt gewesene Pfarrer Valentin Koskowitz ohne Hinterlassung einer testwilligen Anordnung mit Tod abgegangen sei.

Da diesem k. k. Gerichte als gesetzlichen Abhandlungs-Instanz unbekannt ist, ob und welchen Personen auf den Nachlaß des verstorbenen Pfarrers ein Erbrecht zusteht, so werden alle jene, welche hierauf entweder als Erben oder aus einem andern Rechtstitel Ansprüche zu erheben gedenken aufgefordert, binnen einem Jahre von unten angeführten Tage an ihre allenfälligen Erbrechte oder sonstigen Ansprüche bei diesem Gerichte anzumelden und in gefeslichen Form auszuweisen, widrigen nach Ablauf dieses Termins mit der einfimsten in gerichtliche Verwahrung genommenen Nachlassmasse verfügt werden würde wie es die Gesetz vorschreiben.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht. Kolbuszów, am 23. Juni 1861.

N. 915. **Edykt.**

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Kolbuszowie, obwodu Tarnowskiego czyni się wiadomo, iż jako proboszcz w Cmolasie tutejszego powiatu instalowany Walenty Koskowitz dnia 18. Czerwca r. b. bez zostawienia rozporządzenia ostatniej woli zeszedł z tego świata.

Ponieważ temu c. k. Sądowi jako przynależnej instancyi spadkowej nie jest wiadomo, czyli i którym osobom przysłuza jakie prawo do spadku zmarłego proboszcza, dla tego wzywa się wszystkich którzyby albo jako sukcesorowie lub z jakiegobądź innego tytułu rościć sobie mogli prawo do rzeczonej pozostałości, żeby w przeciągu jednego roku, licząc od dnia niżej wyrażonego, zgłosili się z prawami spadkowemi lub innemi swojemi pretensjami do tutejszego sądu i takowe nalezycie udowodnili, tem pewnie, ile że po upływie tego terminu z ową pozostałością, tymczasem będącą pod ochroną sądową, postąpiłoby się, jak tego przepisy nakazują.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Kolbuszowa, dnia 23. Czerwca 1861.

N. 4904. **Rundmachung.** (2871. 3)

Die Direction der privilegierten österreichischen Nationalbank hat die Dividende für das erste Semester 1861 mit

Acht und zwanzig Gulden österr. Währung für jede Actie bemessen. Die Dividende kann vom 1. Juli l. J. angefangen in der hierortigen Actien-Casse behoben werden. Wien, am 15. Juni 1861.

Pipitz, Bank-Gouverneur. **Christian Heinrich Ritter von Coith,** Bank-Gouverneurs-Stellvertreter. **Miller,** Bank-Director.

N. 4904. **Obwieszczenie.**

Dyrekcya uprzywilejowanego austriac. Banku narodowego wymierzyla dywidendę za pierwsze półrocze 1861 w kwocie **dwudziestu ośmiu złotych wal. austr.** za każdą akcyę bankową. Dywidenda ta może być podniesioną począwszy od 1. Lipca r. b., w tutejszej kasie akcyjnej. Wiedeń, dnia 15. Czerwca 1861.

Pipitz, Gubernator banku. **Chrystyan Henryk kaw. de Colth,** Zastępca gubernatora banku. **Miller,** Dyrektor banku.